



## Zum Tag der Erde 22. April 2010: Atomenergie baldmöglichst beenden.

### Die Sachlage in Deutschland als Ausgangspunkt der jetzigen öffentlichen Diskussion:

Innerhalb der jetzigen CDU/CSU\*/ FDP\*-  
Bundesregierung sind immer noch die im  
Koalitionsvertrag angelegten Tendenzen  
vorhanden, die Laufzeit der Atomkraftwerke wieder  
zu verlängern. Damit würde die gefährlichste und  
letztendlich unrentable Dinosauriertechnologie  
weiter erhalten. Die Atomkraftwerke waren auch von  
den Betreibern im Ausstiegskonsens zumindest  
offiziell als Auslaufmodell anerkannt. Jede  
Regierung, die dies rückgängig machen will, hat mit  
einem Wiederaufbrechen des diesbezüglichen  
Widerstands aus der Bevölkerung zu rechnen.  
Immerhin wurde in Wahlprogrammen kein Neubau  
von Atomkraftwerken in Deutschland gefordert.  
(Aber 2 CDU-geführte Ministerien ließen zur Zeit der  
"Großen Koalition" für hohe Kosten Möglichkeiten  
des Neubaus und der Sicherheitstechnik neuer  
Atomkraftwerkstypen untersuchen; warum?. Um  
bloß auf dem Laufenden zu bleiben, hätten die  
verwendeten Forschungen aus dem Ausland  
genügt, oder gar ein paar kostenlose Klicks im  
Internet.)

### Die Probleme der Atomenergie:

Hätten Atomkraft-Betreiber wie andere  
Unternehmen auch ihre **Entwicklungskosten,  
Risiken, und die ungelöste Entsorgung usw.**  
selbst voll übernehmen müssen, statt Vieles auf den  
Staat und damit auf die Steuerzahler abwälzen zu  
können, würde die Atomenergie als absolut  
unrentabel und unbezahlbar erkennbar. Zu den  
Kosten des vermeintlich billigen Atomstroms  
müßten daher u.a. auch die verdeckten Folgekosten  
hinzugerechnet werden. Diese treten als angehäufte  
Staatschulden bzw. höhere Steuern in  
Erscheinung; und unter Umständen auch in Form  
von staatlichen Sparmaßnahmen an anderer Stelle.  
Auch in der Praxis der letzten Jahre sehen wir, daß  
die zunehmend abgeschriebenen, für die Betreiber  
steuerlich billiger gewordenen Alt-Kraftwerke nicht  
zu sinkenden Preisen für die Verbraucher geführt  
haben. Sie haben allenfalls den betreffenden  
Aktiengesellschaften Gewinne gebracht. Das ist der  
Grund, warum sie dieselben gerne noch länger  
betreiben würden. Aus den Reihen der neuen  
Regierungsparteien gibt es zwar Vorschläge, die  
von einer etwaigen Verlängerung profitierenden  
Unternehmen etwa die Hälfte des zusätzlichen  
Gewinns in einen Fonds für regenerative Energien  
einzahlen zu lassen. Aber auch das würde nichts  
daran ändern, daß der Weiterbetrieb ein weiteres  
Zugeständnis des Staates an die Betreiber von  
Atomkraftwerken wäre, das völlig unangemessen  
und wettbewerbswidrig wäre.

Durch enorme volkswirtschaftliche Ersparnisse  
würden stark steigende erneuerbare Energien  
mittel- und langfristig zu niedrigeren Strompreisen  
führen.

Im Moment ist Strom aus regenerativen Energien  
noch etwas teurer als der Strom aus steuerlich  
abgeschriebenen Atom – und Kohlekraftwerken. Die  
erneuerbaren Energien werden aber bereits heute  
durch technische Fortschritte und  
Massenproduktion immer billiger, und das  
Verhältnis wird sich in absehbarer Zeit umkehren.  
Die letzten Strompreiserhöhungen sind nicht nur  
durch Umlagen für erneuerbare Energien  
entstanden, wie einige Anbieter behaupten; sondern  
auch durch steigende Netzentgelte zu Gunsten der  
großen Erzeuger, und zum Teil durch die  
stillsiegenden Problem- Atomkraftwerke  
Brunsbüttel und Krümmel, deren Kosten so den Verbrauchern  
untergejubelt werden.

Auch zur **CO<sub>2</sub>-Frage** gibt die Atomkraft nichts her:  
So wird schon zur Herstellung der Brennstäbe usw.  
auch CO<sub>2</sub> verbraucht. Vor allem aber blockieren  
Atomkraftwerke wirkliche Fortschritte zu den  
eigentlich nötigen regenerativen und  
ungefährlicheren Energien - wie z.B. in Frankreich  
überdeutlich sichtbar -. Es könnten auch in der Welt  
gar nicht so viele neue Atomkraftwerke so schnell  
gebaut werden, daß dadurch so viel CO<sub>2</sub> eingespart  
werden könnte, wie durch eine Energiepolitik, die  
nicht nur als kleinen Zusatz auf erneuerbare  
Energien und Energiesparen setzt. Dies mußte  
selbst Klaus Töpfer - früherer dafür zuständiger  
CDU- Bundesminister und jetzt in der UNO  
zuständig - den erstaunten Zuhörern eines großen  
deutschen Unternehmens erklären, das u.a.  
Atomtechnologie herstellt. In einer neuen  
Energiepolitik zu Gunsten der erneuerbaren  
Energien wären die existierenden Kohle- und Gas-  
Kraftwerke die einzige Übergangstechnologie.

Auch gegenüber der **Abhängigkeit** von teils  
ausländischem Öl und Gas bietet die Atomkraft  
keineswegs eine größere Unabhängigkeit. Denn  
Uran wird in der Regel von weit her importiert, u.a.  
aus Ländern der früheren Sowjetunion, oder aus  
Australien, usw.

Neben den **Risiken** der vielen kleineren und  
größeren Störfälle und vorgekommenen  
Schlampereien geht es auch um die ständige  
Strahlenbelastung in der Umgebung der  
Atomkraftwerke. Es nützt nichts, wenn z.B. eine  
Untersuchung über Leukämiefälle bei Kindern  
anschließend verniedlicht wurde. Der Staat ist zur  
Vorsorge da, auch vor Gefahren, die noch nicht von  
allen denkbaren Stellen anerkannt sind. Daß es bei  
harten Strahlen und entsprechend strahlenden  
Teilchen im strengen physikalischen Sinn keine  
Grenzwerte gibt, unterhalb derer Schäden  
ausgeschlossen wären, ist unbestreitbar. Denn im  
Prinzip kann schon ein einziges Gammaquant - das

ist die kleinste mögliche Dosis - solche Schäden auslösen; auch wenn es das z.B. bei einem gesunden Menschen nicht in jedem Fall tut. Auch schon beim Uranabbau beginnt die Strahlenbelastung der Umgebung. Darüber hinaus ist die ungelöste Entsorgungsfrage betreffend des Jahrtausende lang strahlenden Mülls nicht durch Federstriche zu lösen. Auch wenn - entsprechend einer weiteren Idee aus den Reihen der neuen Koalitionsparteien -, anlässlich der allgemeinen Laufzeitverlängerung wenigstens einige extrem schrottreife, oft wegen Störfällen stillliegende Atomkraftwerke früher abgeschaltet würden als bisher vorgesehen, würde das nichts daran ändern, daß auch die vielen etwas jüngeren, dann länger laufenden Atomkraftwerke ein ungeheures Risiko darstellen. Denn es gibt keine "sicheren" Atomkraftwerke, und das Gesamtrisiko würde eher steigen. Wer ganz bestimmte Reaktoren früher abschalten möchte, kann dies auch innerhalb des Atom-Ausstiegs im bisherigen Atomkonsens. Im Sinne der fachlich sehr gut informierten außerparlamentarischen Anti-Atom-Bewegung war auch dieser bisherige Ausstiegsplan keineswegs schnell genug. Er ist bereits ein hart errungener politischer und gesellschaftlicher Konsens gewesen. Würde er von CDU/CSU und FDP aufs Spiel gesetzt, könnte das auch für diese nachteilig sein.

Auch die noch in Erforschung befindliche (heiße) **Kernfusion** ist nicht ungefährlich. Dabei wird z.B. radioaktives Tritium - eine Abart des Wasserstoffs - frei.

## Die erneuerbaren Energien und Energieeinsparung:

Die erneuerbaren und umweltfreundlichen Energien nehmen in Deutschland nach einer Berechnung der Stromwirtschaft 2010 gegenüber 2009 sowieso schon um 16 Milliarden Kilowattstunden zu – allein dadurch wird die Jahresleistung von ca. 2 Atomkraftwerken überflüssig.

Das Potenzial für erneuerbare Energien übersteigt auch den künftigen Bedarf der Weltbevölkerung bei weitem (Berechnungen: siehe z.B. „Spektrum der Wissenschaft“ Dezember 2009.)

- **Solarwärme** auf Dächern.
- **Fotovoltaik** (Solarstrom) auf Dächern und – Kraftwerke. Dabei wären aus Umweltgesichtspunkten z.B. Silizium-Module zu bevorzugen gegenüber Cadmiumhaltigen Modulen.
- **Wasserkraftwerke**; nur bitte schonend wie es meistens geschieht, und nicht so wie in einigen Ländern, wo gigantomanische Staudämme angelegt oder geplant wurden, bzw. wo anderen Staaten das Wasser abgegraben würde.
- **Gezeitenturbinen**.
- **Wellenkonverter**.
- **Windkraft**. Aber bitte nur mit dem Willen der betroffenen lokalen Bevölkerung und nicht gegen sie. Umweltschutz und Demokratie gehören zusammen.
- **Kleine Erdwärmeanlagen** für einzelne Häuser. Bei Tiefbohrungen für größere Erdwärme-Kraftwerke haben sich dagegen große Probleme gezeigt, wie Erdbeben oder Hebungen. Der eigentliche Ansatz der Umweltbewegung,

dezentrale, kleine Energiegewinnungsanlagen einzurichten, würde solche Probleme großer Kraftwerke vermeiden helfen.

Auch Energieeinsparung, besonders durch **Wärmedämmung** kann die ohnehin unumgänglichen Umstellungen erheblich begünstigen, Arbeitsplätze schaffen, und Rohstoffe schonen. Bei Neubauten helfen entsprechende Vorschriften. Hier, und besonders bei Altbauten müßten die schon seit Jahrzehnten vorhandenen Erkenntnisse u.a. der Baubiologie über die verschiedenen Baustoffe und deren fachgerechte Verwendung stärker beachtet werden (z.B. Institut für Baubiologie Neubeuern).

Bei Altbauten kann eine bürokratisch oder lobbyistisch bedingte Zwangsaufgabe nicht automatisch mit angeblichen Umweltmotiven gerechtfertigt werden. Ein Austausch eines alten Heizkessels durch neuere energiesparende Technologie ist allein schon teuer, und würde u.U. ganz vermieden, wenn daran weitere Auflagen geknüpft sind. Besser ist die direkte Förderung und Aufklärung.

Im Grunde gibt es im Energiebereich für Alle etwas dazuzulernen.

## Die Atomenergiefrage als Demokratieproblem:

**Umfragen** zeigen nach wie vor, daß die Bevölkerung vorwiegend kritisch über die Atomenergie denkt bzw. den Ausstiegsplan beibehalten möchte; obwohl es zur isolierten Frage der Laufzeitverlängerung manchmal Zustimmung gab, was mit dem Mißverständnis zu tun hatte, daß so der Strom billiger würde (s.o.). Auch unter CDU/CSU- und FDP- Wählern ist lt. Umfragen diese kritische Haltung verbreitet. Auch CDU, CSU und FDP wurden nicht deshalb gewählt, weil sie in ihren Programmen von einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken sprachen. Die Bürger/innen verstehen zwischen einer Parteien - und Personenwahl und einer Volksabstimmung über einen Einzelpunkt zu unterscheiden. Es ist unfair und nicht mehr dem demokratischen Bewusstsein unserer Zeit entsprechend, daß es für solche Fragen auf Bundesebene keine Volksabstimmungen gibt ( <http://www.mehr-demokratie.de/> ) Da jedoch auch die Bundesregierung Umfragen ernst nimmt, will sie sich vor der Nordrhein-Westfälischen Landtagswahl nicht mehr auf energiepolitische Einzelheiten festlegen.

## Die Umweltbewegung ist also jetzt gefordert, für Vernunft zu sorgen, und Rückschritte auf diesem Gebiet unmöglich zu machen.

Weitere Informationen z.B. von der Ärztgruppe IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, <http://shop.ippnw.de>

## Politische Konsequenzen:

**Aus diesen Gründen sollten alle Parteien den Mut zum Verzicht auf diese veralteten Seitenpfade der Energiegewinnung aufbringen, statt letztendlich neben der Bevölkerung auch ihre eigenen Chancen zu gefährden. Rechtzeitiges und sachgerechtes Umsteuern ist an der Zeit.**

---

\* In der CDU wird zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitikern darum gestritten, wie lange die Atomkraft verlängert werden soll. Darüber hinaus gibt es auch eine - in der Partei nicht offiziell anerkannte - Arbeitsgruppe "Christliche Demokraten gegen Atomkraft". Diese verlangt Abschaffung der Staatshaftung, so daß sich die ganze Unrentabilität der Atomkraft zeigen würde. Adresse: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN ATOMKRAFT (CDAK), CDU/CSU - Mitglieder für die Überwindung der Kernenergie, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 421713, D - 55072 Mainz, Tel.:0171-1049920. [Grundsatzklärung, aus castor.de](http://www.grundsatz.de).

Auch in der FDP gibt es Politiker, die inzwischen das Festhalten an der Atomenergie in Frage stellen wollten. Die FDP betonte bisher immerhin - nach Bekanntwerden der erwähnten Neubau-Untersuchungen -, ein Neubaubeschluß sei in einer Regierung mit ihr nicht zu machen. In der neuen Jamaika-Koalition im Saarland war es offenbar auch für die FDP ohne weiteres möglich, auf die Forderung einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zu verzichten.

(Die Oppositionsparteien sind nach wie vor für den Atomausstieg.)

---

## Atomausstieg 2010: Da simmer dabei!

Im folgenden geben wir Informationen des „Bonner Bündnis für den Atomausstieg“ über Anti-Atom-Aktionen weiter. Dieses Aktionsbündnis besteht aus AntiAtomBonn e.V., Anti-Atom-Gruppe Bonn, Bürgeraktion Umweltschutz Bonn, Greenpeace/Ortsgruppe Bonn und engagierten Einzelpersonen.

„24. April 2010: „Kettenreaktion“ am Tschernobyl-Tag mit bundesweit 3 großen Aktionen:

1. Aktions- und Menschenkette von Brunsbüttel bis Krümmel (bei Hamburg): Zehntausende werden bei dieser bundesweiten Aktion für die endgültige Stilllegung dieser Pannereaktoren demonstrieren. AntiAtomBonn e.V. in Kooperation mit [ausgestrahlt.de](http://ausgestrahlt.de) organisiert dafür Sonderzüge aus Berlin, Dresden und München.

2. Umzingelung des Pannereaktors Biblis (bei Frankfurt): Wir lassen nicht locker bis zur Abschaltung. Tausende von Menschen werden ihn umringen. AntiAtomBonn e.V. plant einen Sonderzug aus dem Süden zur Aktion. (Bus aus dem Süden: ggf. Infotelefon Neckarwestheim 07141-903363.)

3. Demo mit Pepp in Ahaus (Münsterland): NRW hat es satt immer mehr zur Atommülldeckscheibe zu werden und macht sich vor den Landtagswahlen auf zum Atommülllager Ahaus. Als Bonner Bündnis für den Atomausstieg simmer dabei mit einem Aktionsbus aus Bonn und Köln. Mit uns eine bunte Koalition aus Antiatom-Bewegten, Verbänden und Parteien. Als Auftakt haben wir uns eine Theateraktion beim FDP-Bundesparteitag in Köln, Congress-Centrum Koelnmesse, Eventhalle 9, Deutz-Mülheimer Straße 111 überlegt.

(...) 20 Euro pro Person - Kinder die Hälfte - für die Hin- und Rückfahrt von Bonn über Köln nach Ahaus und zurück überweisen auf:

Kontoverbindung: AntiAtomBonn e.V.; Sparkasse KölnBonn; Konto-Nr.: 190 275 11 95; BLZ: 370 501 98; Verwendungszweck: Bus Ahaus, Anzahl der Karten, Name und Adresse! Danach bitte eine Email mit Hinweis auf eure Überweisung für den Bus Ahaus + Namen + Betrag an [kontakt@antiatombonn.de](mailto:kontakt@antiatombonn.de). Dann gibt es eine Anmeldebestätigung, die als Ticket dient und weitere Informationen. Bei Barzahlung im Bus (möglichst vermeiden!) kostet die Hin- und Rückfahrt 25 Euro.

Abfahrt Bonn: 24.04.10, 9h Europabusbahnhof (300m nördlich Bonn-Hbf, an den Schienen entlang Richtung Köln, auf der Seite der Bonner City / Parkmöglichkeiten). Abfahrt Köln: 24.04.10, 11h In der Nähe des Congress-Centrum Koelnmesse, Eventhalle 9, Deutz-Mülheimer Straße 111.

Genauer Abfahrtsort, (und Sonderzüge) werden unter [www.antiatombonn.de](http://www.antiatombonn.de) angekündigt. “

Herausgeber:

Aktionsgemeinschaft Tag der Erde e.V.  
Umweltzentrum Düsseldorf  
Merowinger Straße 88  
40225 Düsseldorf

(Redaktionelle Bearbeitung dieses Aufrufs für 2010: Benz.)

Die Aktionsgemeinschaft gibt seit 1992 jedes Jahr zum Tag der Erde am 22. April einen Aufruf zu einem aktuellen Umweltthema heraus. Mitglieder organisierten große öffentliche Veranstaltungen (z.B. Kassel).

*Disclaimer: Wir identifizieren uns nicht automatisch mit allen Ansichten oder Aktivitäten Anderer, die auf deren genannten Webseiten erscheinen mögen, oder die im Zusammenhang mit deren Aktionen geschehen könnten.*

Steuerabzugsfähige Zuwendungen bitte an:

AG Tag der Erde e.V.  
Kontonr. 21058821  
BLZ 30050110  
Stadtparkasse Düsseldorf